

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.
Fernsprecher: Geschäftstelefon Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2488.

Ankündigung: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 200 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 400 M., unter Eingeländ 500 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeitungsfest der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 29

Sonnabend, 3. Februar

1923

Die Einverleibung Memels beschlossen.

Romano, 2. Februar.

Der litauische Landtag hat die Einverleibung Memels in die Litauische Republik, gegen die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten, beschlossen. Außerdem hat er den Freiwilligenverbänden, die in das Memelland eingebrungen waren, seine Unterstützung zugesagt.

Ein Ultimatum an Litauen.

Romano, 2. Februar.

Die litauische Telegraphenagentur meldet heute mittags 12 Uhr überliefert die Vertreter der französischen, der englischen und der italienischen Regierung dem Minister des Äußeren ein Ultimatum, in dem sie die sofortige Zurückziehung der sämtlichen bewaffneten Elemente aus Memel, die Auflösung der bewaffneten Verbände in Memel, die Abkehr der Regierung Simonaitis und die Auflösung der sogenannten Hilfskomitees fordern. Falls innerhalb sieben Tagen diesen Forderungen nicht entsprochen werde, wollen die alliierten Mächte die diplomatischen Beziehungen zu Litauen abbrechen. In dem Ultimatum wird die litauische Regierung angefragt, die Organisation und Bewaffnung der Verbände in Litauen nicht nur zu gestatten, sondern auch in finanzieller und militärischer Hinsicht Unterstützung zu leisten. Es seien reguläre litauische Offiziere und Soldaten nach Memel geschickt worden. Die litauische Telegraphenagentur bemerkt hierzu: Die litauische Regierung würde beim besten Willen nicht in der Lage sein, den Forderungen nachzukommen, da die Alliierte ungeduldig sei.

Paris, 2. Februar.

In unterrichteten Pariser Kreisen wird behauptet, daß der Beschluß der Alliierten, Litauen in ultimativer Form zur Räumung des Memelgebietes aufzufordern, auf Grund einer polnischen Intervention erfolgt sei. Polen habe in Paris wegen vorzeitiger militärischer Vorbereitungen Litauens Unterstützung erbeten und die französische Regierung aufgefordert, Litauen zu warnen und einzugreifen, damit nicht von litauischer Seite neue verheerende Zusammenstöße und polnisch-litauische Feindseligkeiten herausgeschworen würden. Es wird behauptet, daß Polen erklärt haben soll, Litauen beabsichtige einen Überfall auf Wilna, aus dem sich für den Frieden im Osten schwere Gefahren entwickeln könnten. Aus diesem Grunde habe sich Frankreich veranlaßt gesehen, gemeinsam mit den Alliierten gegen Litauen vorzugehen; im übrigen habe auch die anstehende Sprache, die in den letzten Tagen in Romano geführt wurde, einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen, so daß sich die Alliierten auch aus diesem Grunde veranlaßt sahen, gegen Litauen einzuschreiten.

Die polnische Mark.

Bonuse vom Warschauer Korrespondenten

Die polnische Mark ist eine Erinnerung an die Zeit der deutschen Besetzung während des Krieges. Die Okkupationsbehörden errichteten die noch heute bestehende Landesbank und erteilten ihr das Recht, eine Milliarde polnischer Mark zu emittieren, deren Parität mit der deutschen Mark schon dadurch gesichert werden sollte, daß die Reichsbank hierfür garantierte (was bekanntlich zu dem langwierigen Streit über die Kriegssknoten — Reich ist der auf den polnischen Noten unterzeichnete Verwaltungschef — führte). Bald nach dem Sturz der Okkupation gab der polnische Staat durch die Landesbank eine eigene Papiergeld heraus. Es lautete immer noch auf polnische Mark, aber das polnische Papiergeld trägt den Aufdruck „Der polnische Staat übernimmt die Verantwortung dafür, daß die vorstehende Note gegen die künstliche polnische Valuta nach dem vom Verfassunggebenden Sejm zu bestimmenden Verhältnis eingewechselt wird.“ Kurzlich beschloß der Verfassunggebende Sejm

schon Anfang 1919, daß die polnische Valuta einheitlich der „Glotz“, d. h. Gulden, sein solle, und ausdrücklich der Auslegung der Goldrente, im Jahre 1922, wurde als Wert der Glotz der Goldmark bestimmt. Aber bisher besteht er nur auf dem Papier, und die Landesbank hat keine Scheine emittiert weiter polnische Mark, neuerdings sogar in Scheinen von 50 000 Mark.

Die polnische Mark hat sich von ihrer deutschen Schwester zunächst sehr losgelöst. Sie fiel erst langsam, dann schneller, und im Sommer 1921 bekam man für eine deutsche 60 Polenmark. Dann kam die Entschädigung über Oderschlesien. Sie steigerte in wenigen Monaten den Wert der polnischen gegenüber der deutschen Mark auf das Dreifache — etwa auf 1:20. Als aber die Reparationsfrage immer drängender auf Deutschland zu lasten begann und die deutsche Mark immer weiter fiel, besserte sich das Verhältnis der polnischen Mark zur deutschen noch weiter. Nicht daß die polnische Mark stieg; im Gegenteil, sie fiel mit der deutschen, nur langsamer. Erst als Poincaré durch die Ruhrbesetzung Deutschland an den Rand des Bankrotts trieb, erfolgte der Sturz der deutschen Mark so schnell, daß sie die polnische Mark einholte: Am 29. Januar standen deutsche und polnische Mark, bei einem Dollarkurs von etwa 40 000, wieder pari, wie vor mehr als vier Jahren.

Die französische Reparationspolitik, welche die deutsche Mark ruinierte, hat, wie dieser Tiefstand zeigt, den polnischen Bundesgenossen in gleicher Weise betroffen und geschädigt. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Verbindungen der Wäsen Warschau, Danzig, Berlin sind so eng, daß alle Schwankungen von polnischer Seite, die polnische Mark von ihrer Abhängigkeit von der deutschen Mark loszulösen, bisher erfolglos geblieben sind. Jetzt, wo die deutsche Mark sogar unter die polnische gesunken ist, macht man in Warschau verzweifelte Anstrengungen,

um das weitere Mißlingen der polnischen Mark aufzuhalten. Im besten Falle dürfte es aber gelingen, den Sturz der polnischen Mark etwas zu bremsen. Daß sich aber ihre natürliche Abhängigkeit von der deutschen Mark lösen läßt, ist nicht zu erwarten, und Polen wird wohl auf diese Weise indirekt seinen Teil an den Reparationen Deutschlands, dank der Politik seines Verbündeten, weiter zahlen. Daß aber an die effektive Einführung einer eigenen polnischen Währung noch lange nicht zu denken ist, hat erst kürzlich die bekannte Konferenz sämtlicher bisheriger polnischer Finanzminister festgelegt.

Vor der Abreise in Lausanne.

London, 2. Februar.

Lord Curzon hat endgültige Vorbereitungen getroffen, Lausanne am Sonntag zu verlassen. Er wird Montag nachmittag wieder in London eintreffen. Bis Sonntag muß sich Zsmet Pascha entschieden haben, ob er den Friedensvertrag unterschreiben will oder nicht. Tschiicherin wird, da ihm seine Amtsverpflichtungen in Moskau nicht länger gestatten, fern zu bleiben, zu Beginn der nächsten Woche abreisen. Ein Teil der russischen Abordnung mit Woroschy an der Spitze bleibt aber bis zum Schluß der Konferenz in Lausanne.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist der „Temps“ optimistisch und stellt eine Verständigung in Aussicht. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Türkei das Schiedsgericht des Völkerbundes über Moskau annehmen werde. Diese sehr unvorhergesehenen Nachrichten sind aber durch ein zweites Telegramm des gleichen Datums widerlegt. Hier wird kurz und klar gesagt, daß Zsmet keine Instruktion zur Unterszeichnung des Vertrages erhalten habe und daß kein Grund zum Optimismus vorhanden sei. Auch der Korrespondent des „Journal des

Debats“ ist pessimistisch. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß ein Bruch zwischen Frankreich und England vermieden werden könne, aber nur durch neue Zugeständnisse Frankreichs, die einem Verzicht auf alle bisherigen Rechte gleichkomme. Das „Journal des Debats“ ist auch heute dem Kampf gegen die zweifelhafte Politik des „Temps“ fort. Die Art, wie der „Temps“ die von ihm gebrauchten Nachrichten über eine etwaige Sonderverhandlung mit der Türkei zu erklären versucht, beweise nur eine unheimliche oder absichtliche Konfusion, deren verborgene Gründe nicht untersucht werden sollen. Nach diesem Dab, den der „Temps“ und seine Geschäftsfreunde nicht sehr angenehm finden dürften, folgt eine Kritik der Regierungspolitik, die sich Poincaré nicht an den Spiegel denken wird. „Diese ganze traurige Geschichte zeigt in unserer Politik einen Mangel — wir wollen nicht sagen an Ehrlichkeit — aber doch an klarem Erkenntnis des Notwendigen. Es kommt der Regierung zu, diesem Zustand ein Ende zu machen.“

Lausanne, 2. Februar.

Aber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen erzählt man noch, daß Lord Curzon, Compard und Garoni heute an der Hand einer türkischen Delegation, die eine Bitte der noch bestehenden Streitfragen enthält, vor allem die Wollfrage, die Frage der Gerichtsbarkeit und der Reparationen beraten haben.

In der Wollfrage schlugen Compard und Garoni ansehts der türkischen Abordnung gegen einen Schiedsgericht des Völkerbundes ein Schiedsverfahren durch eine andere Instanz vor. Zur Frage der Gerichtsbarkeit für Ausländer regte Garoni an, daß auf eine Beteiligung fremder Richter verzichtet und eine Kontrolle durch eine Kommission ausgedehnt werden sowie die Strafverbüßung in den betreffenden Heimländern erfolgen soll. Die juristischen Sachverständigen berieten heute morgen über diesen Punkt. Zur Reparationsfrage sollen Compard und Garoni den Verzicht auf 15 Millionen türkische Goldpfund vorgeschlagen haben, wogegen die Alliierten die von Frankreich und Österreich ausgelieferten 5 Millionen Goldpfund und die von England beschlagnahmten türkischen Schiffe behalten würden. Da Lord Curzon diesen Vorschlag ablehnte, wurde eine Herabsetzung der Reparationszahl auf 12 Millionen Pfund erwirkt. Am Sonnabendvormittag wird zwischen den alliierten Delegationsführern und Zsmet Pascha eine gemeinsame Beratung stattfinden. In türkischen Kreisen erzählt man, daß ein Schiedsvertrag in der Wollfrage unbedingt eine Volksabstimmung zur Voraussetzung haben müßte. Der Vertreter Angoras in Paris, Ferid Bey, der gestern hier eingetroffen ist, ist nach längeren Besprechungen mit Zsmet Pascha wieder nach Paris zurückgekehrt.

Deutscher Reichstag.

296. Sitzung vom 2. Februar.

Ein Antrag Dr. Langher (Zentr.) auf Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung der Elektrizitätsversorgung im Kreise Ronshau wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf, wonach Erbschaftsteuern in Kennwerten bis zu 1000 Mark ausgedrückt werden sollen, wird in allen drei Lesungen debattiert angenommen.

Ein Antrag der bürgerlichen Parteien, wonach beim Branntweinmonopol der Reichsfinanzminister ermächtigt ist, die Mittel zur Verbilligung des Branntweins für wissenschaftliche Zwecke der Geldbewertung anzupassen, wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Reichshandelsplanes bei den Göttern des Reichspräsidenten und des Reichsanzlers fortgesetzt. Damit verbunden wird der sozialdemokratische Antrag, der die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verlangt.

Der bayerische Graf Dr. Preger gibt die Erklärung ab, die bayerische Regierung habe den Ausnahmezustand nur als eine vorübergehende Maßnahme betrachtet, die sofort wieder aufgehoben werden sollte, wenn die durch den nationalsozialistischen Parteitag herausbe-

Die Hungerbilanz des Bolschewismus.

Die Literatur über Sowjetrußland hat große Dimensionen angenommen und doch liefert sie erst jetzt zwei Schriften, die in gedrängter Kürze die erschütternde Tragödie des russischen Volkes zusammenfassen. Th. Dan, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, hat soeben die beiden Broschüren: „Der Arbeiter in Sowjetrußland“ und „Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland“ im Verlage von J. H. Diez Nachf., Berlin-Stuttgart, herausgegeben.

Dan läßt, wie der „Vorwärts“ ausführt, offizielle Tatsachen und Zahlen über die kommunistische Wirtschaftspolitik sprechen und das bolschewistische Regime durch Bolschewisten verurteilen. Wir sehen die Bolschewisten von Stufe zu Stufe gleiten, und für jede Stufe erfinden sie eine ihren Wurzeln beschönigende Theorie.

Zu Mai 1917

riefen sie nach dem großen Mittelmittel der Arbeiterkontrolle.

Zu September 1921

erklärten sie: Der Betriebsausschuß darf keine Kontrollfunktionen ausüben.

Die Nationalisierung,

die in den Jahren 1918 und 1919 4000 Unternehmungen, 16 000 Schiffe der Handelsflotte, 60 Mill. Tschjetniken Land (Weiß- u. L.) umfassen, erwies sich als ein die Wirtschaft zerstörender Fehlschlag.

Die zwangsweise Militarisierung der Arbeit zeitigt minimale Ergebnisse und stellt sich als eine unnütze Vergeudung von Menschenkraft und Volksgütern dar.

Die bolschewistische Agrarpolitik und das System der Zwangsaufbringung führen zum raschen Rückgang der volkswirtschaftlichen Anbaufläche und heißen eine entsetzliche in Menschen- und Leihenskrise ausartende Hungersnot vorbereiten.

Die Zahl der industriellen Arbeiter war schon Anfang 1919 auf mehr als zwei Millionen zurückgegangen. 1921 waren nur noch 900 000 Arbeiter in den industriellen Betrieben tätig, aber die Zahl der Sowjetangehörigen war auf zwei Millionen gestiegen. Der Arbeiter verdient häufig nur

noch ein Zehntel des Vorkriegslohnes und dem staatlichen Arbeiter die der Eilevoter Staat ein Viertel seines Hungerlohnes noch schuldig.

Der Achtstundentag wurde vielfach durch einen 12 bis 17 Stunden Arbeitstag verdrängt, Frauen- und Kinderarbeit nahmen erschreckend zu, und ein Rassensterben der ärmsten und erbärmlichsten ernährten Arbeiter setzte ein. Einige Gewerkschaften mußten sich in der letzten Zeit ausschließlich mit der Lieferung von Särgen beschäftigen.

Die soziale Härte einer frühen Zeit ist fast verdrängt worden. Die proletarischen Massen verhungerten und die neuen Reichen ließen einen wahrhaftigen Zug. Denn eine neue Bourgeoisie hat dieser mehrwöchige „Kommunismus“ geschaffen. Die Gewerkschaften verloren jeden Rest von wirtschaftlicher Selbständigkeit, sie wurden verstaatlicht und verstaatlicht zu Organen der kommunistischen Partei. Die Bolschewisten betrachteten die Streiks als Staatsverbrechen und nahmen den Gewerkschaften jede Möglichkeit, auf Löcher einzuzahlen.

Auf dem 2. Allrussischen Gewerkschaftskongreß mußten die roten Gewerkschaften die niederstimmernde Kunde vernehmen: „Die Erhöhung des Lohnes bis zum Existenzminimum ist gegenwärtig unter den herrschenden Verhältnissen der Volkswirtschaft eine Illusion.“

Politisch hat die Sowjetrepublik mit ihrer Parole: „Alle Macht den Räten“, nie bestanden. In Wirklichkeit existierte nur die Diktatur der kommunistischen Partei. Die Diktatur des Proletariats“ artete in die Selbstherrschschaft von fünf bis zehn Personen aus. Das Sowjetsystem ist völlig abgeschoben; jede Rede, jede Pressefreiheit ist erdrückt, und die Gefängnisse sind mit sozialistischen Proletariern überfüllt. Ein Symbol der russischen Diktatur des Proletariats!

Wir kennen in der sozialistischen Literatur keine Schrift, die so hell das ganze Schwindelsystem des russischen „Kommunismus“ durchleuchtet und so überzeugend für die Ideale des demokratischen Sozialismus wirkt, wie die Broschüren Dan. Sie sollten in großen Massen in der deutschen organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden.